

WEGEN FÜR BRUCK

INFORMATION DER BRUCKER VOLKSPARTEI

Millionenforderung wegen Wohnungs-Desasters?

Der Stadt könnten Millionen zustehen, doch die SPÖ zögert und gibt bei Waldverkauf nicht auf.



Schul- und Bildungskonzept

Die Sanierung bzw. der Neubau von Neuer Mittelschule und VS Knottinger stehen an erster Stelle.

Seite 6

Zusammenarbeit keine Einbahn

Die SPÖ verwechselt Zusammenarbeit mit kritikloser Zustimmung—andere Meinungen sind nicht erwünscht

Seite 7

Neuer Wirtschaftsbund-Vorstand

Michael Ulm führt seit Mitte Juni den Wirtschaftsbund und will Impulse für Arbeit und Ausbildung setzen.

Seite 11

Gemeinde-Splitter

Gastronomie geöffnet

Nach monatelanger Schließung konnte am 19. Mai die Brucker Gastronomie wieder ihre Pforten öffnen. Am Samstag, dem 22. Mai besuchten zahlreiche ÖVP-Gemeinderäte einige Lokale. Dabei konnten sie sich aus erster Hand über die Anliegen der Wirte informieren. Auch wenn sich zu Beginn der Öffnung der Gäste-Andrang in Grenzen hielt, zeichnet sich nun doch eine nachhaltige Besserung der Situation ab.

Neue Hebebühne

Als Ersatz für die alte Drehleiter der Brucker Feuerwehr hat der Gemeinderat die Anschaffung einer neuen Hebebühne beschlossen. Dabei trägt die Feuerwehr beachtliche 100 000 Euro der 1,2 Millionen Euro Gesamtkosten selbst, 400 000 Euro subventioniert das Land Steiermark, den Rest trägt die Stadt Bruck an der Mur.

Spielplätze rauchfrei

Der Gemeinderat beschloss für alle städtischen Spielplätze ein absolutes Rauchverbot. Diese Verordnung wurde vom Gemeinderat einstimmig beschlossen. Dies dient nicht nur unmittelbar der Gesundheit der Kinder. Es verhindert auch, dass schon die kleinsten Brucker Bürger das Rauchen in ihrer Spielumgebung als selbstverständlich wahrnehmen.

Wieder aktiv

Nach langer Pause darf nun wieder geturnt werden. Dazu lädt Christl Deschmann auch während der Sommerferien jeden Bewegungshungrigen in die BTV-Halle ein. Die nächsten Termine sind Dienstag, 06., 13., und 27. Juli, jeweils um 18:30 Uhr sowie Donnerstag, 08., 15. und 29. Juli jeweils um 09.00 Uhr.



Plus & Minus

+ Bruck-Gutscheine

Die Gutschein-Aktion des Tourismusverbandes und der Stadt fand auch heuer wieder enormen Zuspruch. Beim Kauf von Gutscheinen im Wert bis zu 300 Euro gab es 20 Prozent gratis dazu. Im Nu war das ganze Kontingent im Wert von 300.000 Euro ausverkauft. Dieser Betrag fließt rasch wieder in die Brucker Wirtschaft zurück.

+ Photovoltaik

Im neuen Stadtentwicklungskonzept werden erstmals auch Flächen für Photovoltaik-Großanlagen (ab 3000 m²) ausgewiesen sein. Vor allem sollen aber Dachflächen für die Nutzung der Sonnenenergie verwendet werden. Bruck ist jedenfalls auf einem guten Weg, Landschafts- und Naturschutz einerseits sowie die Energiewende andererseits gut miteinander zu verbinden.

- Konzeptlosigkeit

Schon seit Jahren wird am Radverkehrskonzept der Stadt „gearbeitet“. Die Resultate stehen aber weiterhin aus. Entwürfe lassen jedoch eine massive Reduktion wichtiger innenstädtischer Parkplätze in der Herzog-Ernst-Gasse befürchten. Auch die Verkehrssicherheit ist fraglich. Die Verunsicherung der Betroffenen ist jedenfalls groß, da mit ihnen auch noch kein Kontakt seitens der Stadt aufgenommen wurde.

- Geheimniskrämerei

Bürgermeister Koch hat alle Fraktionen zum Gespräch zur Sanierung des Budgets geladen. Wer sich davon konkrete Vorschläge erhoffte, wurde enttäuscht. Auf seine Pläne zur Haushaltssanierung angesprochen, gab er keine inhaltliche Antwort. Er wisse zwar, was er wolle, würde es aber nicht sagen.

Susanne Kaltenegger

Vizebürgermeisterin

Telefon: 0664 /445 92 07

susanne.kaltenegger@aon.at

Liebe Mitbürgerin! Lieber Mitbürger!

Die Gemeinderatswahl liegt genau ein Jahr zurück. Am Wahlabend versprach der Bürgermeister, der die absolute Mehrheit errungen hatte, vollmundig eine breite Zusammenarbeit aller Fraktionen im Gemeinderat. Davon ist heute nichts mehr übrig.

Bei einem medialen Rundumschlag hat Peter Koch eben diese Zusammenarbeit aufgekündigt. Dabei hatten, auf unsere Forderung hin, alle im Gemeinderat vertretenen Parteien im März begonnen, konstruktiv an der Sanierung des Stadtbudgets zu arbeiten. Warum der Bürgermeister sich angesichts der anstehenden Probleme für Konflikt und Konfrontation entscheidet, ist für mich nicht nachvollziehbar. Gerade in schwierigen Zeiten sollte ein Stadtoberhaupt auf Zusammenarbeit setzen und diese nicht beenden. Mit ihrer absoluten Mehrheit hat die SPÖ auch die gute Arbeit der Wirtschaftsreferentin Alexandra Haider beendet, nur weil sie die Kürzung der Wirtschaftsförderungen für kleine Betriebe öffentlich kritisiert hatte. Als gewählte Gemeinderätin wird sie sich aber weiterhin mit sehr viel Engagement und Bürgernähe für die Anliegen der ortsansässigen Unternehmen einsetzen.

Problem Haushaltsdefizit

Die plötzliche Behauptung des Bürgermeisters, Bruck an der Mur stehe aufgrund seiner Vermögenswerte

finanziell gut da, ist nicht richtig. Denn die Stadt hat ein Problem mit der Liquidität, ohne nachhaltige Strukturreform droht noch in dieser Periode die Zahlungsunfähigkeit. Warum sonst möchte der Bürgermeister das nachwachsende Vermögen aller Bruckerinnen und Brucker, den Stadtforst, verkaufen? Nur die standhafte Haltung der Brucker Volkspartei hat dies bisher verhindert. Der stetig steigende Wert von Grund und Boden und die positive Entwicklung des Holzpreises beweisen, wie wichtig es ist, dieses Vermögen für die Stadt zu erhalten.

Volksbefragung nicht bindend

Nun will die Mehrheitsfraktion den Waldverkauf mit einer Volksbefragung rechtfertigen. Die Fragestellung lautet sinngemäß „Tausche Wald gegen Bildung“. Fakt ist aber, dass eine Volksbefragung, welches Ergebnis sie auch bringt, in keinem Fall rechtlich verbindlich ist. Sie kann die Entscheidung des Gemeinderates nicht ersetzen. Für einen Verkauf braucht es nach wie vor eine 2/3-Mehrheit im Gemeinderat.

Schnelles Geld statt Reformen

Offensichtlich sucht die SPÖ das schnelle Geld im Waldverkauf. Sie wäre aber besser beraten, endlich den Leerstand in den Gemeindeformen zu senken und die Aufklärung über die Nicht-Indexierung der Mieten seit 1994 voranzutrei-



ben. Als Stadt haben wir dadurch vermutlich Unsummen verloren. Geld, das jetzt für wichtige Projekte, besonders im Bereich der Schulen, fehlt. Wenn der Bürgermeister nun anführt, dass notwendige Sanierungsarbeiten in Kindergärten, Schulen und Freizeiteinrichtungen nur noch möglich sind, wenn dafür großflächig Gemeindevermögen veräußert wird, dann wirft das ein mehr als bezeichnendes Bild auf die SPÖ-Politik in Bruck. Immerhin stellt sie seit Jahrzehnten den Bürgermeister und den Finanzstadtrat. Im Sinne einer positiven Entwicklung unserer Stadt braucht es die konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderat mehr denn je. Die Brucker Volkspartei ist weiterhin dazu bereit. Wir werden aber auch Probleme klar ansprechen und Missstände aufzeigen, wenn es nötig ist.

*Hine
Susanne Kaltenegger*

Millionenschaden bei Gemein Neuer SPÖ-Anlauf für Waldverkauf

Obwohl die SPÖ seit Herbst umfassende Aufklärung verspricht, geht beim Desaster um die Gemeindefürsorge wenig weiter. Wie in der letzten Ausgabe berichtet, könnte der Gemeinde durch Misswirtschaft bei der Wohnungsverwaltung ein Millionenschaden entstanden sein. Bei der Aufklärung wird gebremst—dafür wird der Waldverkauf nicht aufgegeben.

Aufklärung gefordert

Nachdem schon im Spätsommer Probleme rund um die Verwaltung der Gemeindefürsorge durch die Brucker Wohnbau bekannt wurden, forderte der Gemeinderat am 19.11.2020 rasche Abklärung allfälliger Ansprüche der Gemeinde gegenüber der Brucker Wohnbau. Grund war die jahrzehntelang nicht vorgenommene Indexanpassung der Wohnungsmieten, wozu die Brucker Wohnbau aufgrund des Verwaltungsvertrages mit der Stadt verpflichtet gewesen wäre.

Mieter nicht betroffen

Dabei brauchen die Mieter keine horrenden Nachforderungen befürchten, da sie keine Schuld an etwaigen Versäumnissen durch die Hausverwaltung trifft. Anders sieht es für die Brucker Wohnbau aus. Sollte sie ihrer Pflicht aus dem Verwaltungsvertrag mit der Stadtgemeinde schuldhaft nicht nachgekommen sein, beträgt die Verjährungsfrist 30 Jahre. Die Brucker Wohnbau wäre also voll für die Nichtanpassung der Mieten gegenüber der Stadt haftbar.

Keine Fortschritte

Der Prüfungsausschuss hatte das Thema schon mehrfach beraten—doch konnten weder seitens der Brucker Wohnbau noch seitens der Stadtverwaltung konkrete Zahlen zu den Mindereinnahmen vorgelegt werden. Erst im April 2021 beauftragte der Stadtrat mit Mag. Hillinger einen Gutachter zur Ermittlung des Schadens. Die Kosten dafür werden je zur Hälfte von Stadt und Brucker Wohnbau getragen. Für Mitte Mai wurde ein Bericht in Aussicht gestellt, der tatsächlich erst im Sozialausschuss am 17. Juni vorgelegt wurde. Nun wurde er in ergänzter Form im Gemeinderat diskutiert—allerdings in der nicht öffentlichen Sitzung.

Aus Sicht der Brucker ÖVP ist jedenfalls ein genaueres Gutachten auf Grundlage umfassender Akteneinsicht notwendig, um den konkreten Schaden zu ermitteln.

Rasches Handeln nötig

Es ist zu befürchten, dass der Stadt durch Verzögerung und halbherzige Verfolgung ihrer Rechte Unsummen entgehen“, stellt Stadtrat Helmut Sommer fest. Berechnungen anhand vorliegender Mietverträge und Schätzungen aufgrund der dem Prüfungsausschuss bisher zugänglichen Daten lassen jedoch einen großen Schaden befürchten (siehe Beispiel). „Angesichts des strukturellen Budget-Defizits der Stadt ist jede weitere Verschleppung unverantwortbar“, so Sommer weiter.



Üben scharfe Kritik an der Brucker Wohnbau: Harald Rechberger (l.) und Helmut Sommer.

Mietzins für Gemeindefürsorge seit 1994 unverändert

Billig-Miete könnte Bruck teuer zu stehen kommen

Neuerlich Knisterstimmung in der Brucker Kommunalpolitik – diesmal mit der ÖVP als „Einheber“: Aus Sicht der Volkspartei ist die finanzielle Schieflage der Bezirksstadt nämlich auch ein hausgemachtes Problem. So wurden die Mieten für Gemeindefürsorge seit 1994 nicht erhöht, ein Millionenschaden wird befürchtet.

Die Gesprächsbasis im sen damit Einbe...

Brucker Wohnbau macht in diesem Zusammenhang jedenfalls einen unschönen Eindruck“, ergänzt Gemeinderat Harald Rechberger und spielt darauf an, dass im Aufsichtsrat rote Grandem...

ndewohnungen möglich!

In einem jüngsten Bericht der Kronen-Zeitung (siehe Faksimile), wurde auch auf die personelle Vernetzung der SPÖ-regierten Stadt mit der Brucker Wohnbau hingewiesen.

So finden sich im Aufsichtsrat neben SPÖ-Landtagsabgeordneten auch rote Kommunalpolitiker aus Bruck und Kapfenberg. Auch die Gattin des Bürgermeisters gehörte diesem Gremium bis vor Kurzem an.

Eine Verlust-Rechnung

Darüber werden sich jedenfalls noch einige Sachverständige streiten, doch ergibt sich je nach Ausgangswerten für die knapp 40 000 Quadratmeter vermietbare Wohnfläche ein gewaltiger Verlust.

Hätte die durchschnittliche Miete 1994 einen Euro pro m² betragen, könnten der Stadt nach einem theoretischen Modell bis zu 6 Millionen Euro entgangen sein. Bei einem höheren Ausgangswert wäre der Betrag sehr bald zweistellig. Hier ist das Beispiel einer der 738 Wohnungen, deren Mietvertrag der Redaktion vorliegt:

Größe:	63,1 m ²
Miete 1994:	121,62 Euro
nicht indexiert:	60,4 % (VPI 86)

Pro Monat:

Soll-Miete 2020: 195,08 Euro

Ist-Miete 2020: 121,62 Euro

Abgang 2020: 73,46 Euro

Der jährliche Verlust beträgt somit 881,52 Euro ohne Zinsen und für die Zeit 1994 bis 2020 insgesamt **10.976,56 Euro** (ohne Zinsen).

SPÖ für Waldverkauf

Mit SPÖ-Mehrheit sowie den Stimmen von Grünen und Neos wurde am 23.06. vom Gemeinderat eine Volksbefragung zum Waldverkauf beschlossen. Diese ist für den Gemeinderat nicht bindend und verursacht hohe Kosten. Die von der SPÖ beschlossene Fragestellung suggeriert, der Verkauf sei nötig, um der Stadt die nötigen liquiden Mittel

für Bildungsprojekte zu beschaffen. „Wenn die Stadt ihre Rechte zielstrebig verfolgt und das Gemeindevermögen ordentlich bewirtschaftet wird, braucht es keinen Waldverkauf. Hier muss die SPÖ endlich im Interesse der Stadt handeln.“, stellt ÖVP-Gemeinderat Harald Rechner fest. Die Brucker Volkspartei wird den Druck auf eine rasche Klärung des befürchteten Wohnungs-Desasters aufrecht erhalten.



Sozial? Gerecht?

Im sozialen Wohnbau werden derzeit in der Steiermark rund 7 Euro Miete pro Quadratmeter verrechnet. In den meisten Gemeindewohnungen ist es viel weniger, bei Verträgen aus dem Jahr 1994 meist unter 2 Euro. Diese Beträge wurden auch nie erhöht. Sinn einer Indexanpassung ist es, die auch sonst steigenden Kosten für die Instandhaltung laufend decken zu können. Dies ist bei den Gemeindewohnungen nicht der Fall—die Stadt muss sogar aus dem laufenden Haushalt rund 300.000 Euro jährlich für ihre eigenen Wohnungen zuschießen.

Dazu zahlt sie noch 157.000 Euro für die Verwaltung. Mietzinsreserven gibt es ohnehin nicht, sodass die Stadt auch die Darlehen für die Sanierung aufnehmen muss.

Es ist jedem zu gönnen, günstig zu wohnen. Doch wenn durch nachlässige Verwaltung die Allgemeinheit derart belastet wird, ist dies sozial. Wie kommen steuerzahlende Mieter, die nicht das Glück einer Gemeindewohnung haben, dazu, für die Misswirtschaft bei den Brucker Wohnungen nun auch noch die Zeche zu zahlen?

Schulsanierung und Bildungskonzept

Nach dem „Aus“ für das Schulcampus-Projekt im ehemaligen Leiner-Gebäude sollen nun die bestehenden Standorte der Schulen saniert werden. Am dringlichsten ist dies für die Mittelschule. Doch auch in der Knottingerstraße werden Investitionen nötig sein.

Vom Gemeinderat wurde das neue Bildungskonzept für Bruck beschlossen. Dieses sieht Investitionen in die Mittelschule und die Volksschule Knottinger Straße vor. Die Mittelschule soll auf demselben Standort zum größten Teil neu gebaut werden. In einem ersten Schritt soll Raum für 12 Klassen und 6 Ganztagesgruppen entstehen. Die Option auf eine Erweiterung um 4 Klassen soll schon mitbedacht werden.

Neubau

Bei der Volksschule Knottinger wird sowohl eine Sanierung mit Erweiterung um einen Turnsaal als auch der Abriss und völlige Neubau geprüft. Die Kosten für den Neubau der

Mittelschule werden vorerst mit 23 Millionen Euro angenommen, wobei diese Summe auf eine Schätzung aus dem Jahr 2019 zurückgeht. Inwieweit diese Zahl noch der Realität entspricht, ist unsicher. Einerseits kann nun auf Basis des beschlossenen Bildungskonzeptes der Projektumfang genauer abgegrenzt werden, andererseits haben sich die Baukosten in den letzten Monaten dramatisch nach oben entwickelt.

„Die Volkspartei begrüßt eine Sanierung der bestehenden Schulen. Wir werden jedoch auf eine effiziente und transparente Umsetzung der Projekte achten“, stellt Vbgm Susanne Kaltenegger als Vorsitzende des gemeinsamen Schulausschusses fest.



Hohe Preise für Holz und Bauen

In den letzten Monaten sind die Kosten im Baubereich um 30 Prozent gestiegen. Gleichzeitig stieg der Holzpreis seit Sommer 2020 kräftig an und liegt nun schon bei 100 Euro pro Festmeter. Damit sieht sich die ÖVP bestätigt, den Bildungscampus aus Kostengründen nicht zu bauen und den Stadtforst zu halten.

Der Schulcampus im Leiner Gebäude hätte unter enormen Zeitdruck errichtet werden müssen, da die Eigentümer ihren Partnern gegenüber vertraglich zur Fertigstellung bis Mai 2022 verpflichtet gewesen wären. Die Stadt hätte dabei mitziehen müssen. Angesichts der explodierenden Baukosten haben schon zahlreiche Gemeinden ihre Projekte gestoppt bzw. nach hinten verlegt. Bruck hätte diese Möglichkeit nicht gehabt. Bei den zuletzt mit 36 Millionen veranschlagten Baukosten



hätten 30 Prozent Steigerung knapp 47 Millionen an Kosten bedeutet. Bruck ist damit vermutlich knapp einer Finanzkatastrophe entgangen.

Auf der anderen Seite dürften die Erträge des Stadtforstes merkbar ansteigen. „Warum die SPÖ den Verkauf mit einer teuren Volksbefragung durch einseitige und suggestive Fragestellung dennoch weiter betreiben will, verstehen wohl die wenigsten“, meint dazu Vizebürgermeisterin Susanne Kaltenegger.

Zusammenarbeit ist keine Einbahn

Nur zehn Monate nach der Wahl erklärte der Bürgermeister über die Regionalmedien die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen im Gemeinderat für beendet.

Zum Beginn der Funktionsperiode im vergangenen Sommer hatte Bgm. Koch noch angekündigt, die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen im Gemeinderat auf eine noch breitere Basis stellen zu wollen, um mit allen gemeinsam das Beste für die Stadt zu erreichen. Jetzt ist davon keine Rede mehr.

Mehrfach verwies der Bürgermeister dabei auf die bis zur Gemeinderatswahl gut funktionierende Zusammenarbeit mit der Volkspartei. Die bestätigt auch Werner Schmölzer, Gemeinderat und Wirtschaftsreferent in der letzten Gemeinderatsperiode: „Die Zusammenarbeit hat funktioniert, weil sie trotz unterschiedlicher Mandatsstärke auf Augenhöhe erfolgte und auch Raum für unterschiedliche Sichtweisen war. Da die SPÖ über keine absolute Mehrheit verfügte, musste auch für schwierige Materien ein Konsens gefunden werden oder es gab keinen Beschluss.“

Die Situation nach der Wahl ist jetzt völlig anders: Mit ihrer absoluten Mandatsmehrheit kann die SPÖ vieles allein beschließen. Wenn der Bürgermeister jetzt Zusammenarbeit einfordert, geht es vorrangig um die uneingeschränkte Zustimmung zu den SPÖ-Vorschlägen. Davon abweichende Meinungen sind nicht erwünscht.

Kein guter Stil

Ehrliche Zusammenarbeit setzt Transparenz und volle Information für die Gesprächspartner voraus. Beides ist aus Sicht der Oppositionsfraktionen derzeit nicht gegeben. Es ist auch kein guter Stil des Bürgermeisters, wenn er den Mandataren seine Vorhaben und die Abberufung aus gewählten Funktionen über die Medien ausrichtet.

Allen Fraktionen ist zu attestieren, dass sie - wenn auch teilweise mit unterschiedlichen Sichtweisen - für



Gemeinderat a. D. Dr. Werner Schmölzer

eine positive Stadtentwicklung eintreten. Nach wie vor werden über 90 Prozent der Beschlüsse im Gemeinderat einstimmig gefasst. Von den Vorstellungen des Bürgermeisters abweichende Positionen zu einzelnen Themen und sachliche Kritik sind völlig normale demokratische Vorgänge. Die muss auch unser Bürgermeister aushalten.

Im Interesse der Stadt und ihrer Bürger wird es im Gemeinderat ein vernünftiges, konstruktives Arbeitsklima geben müssen. Das sicherzustellen, liegt auch in der Verantwortung eines Bürgermeisters.

Grabenfeld – die Zweite

In der letzten Ausgabe wurde berichtet, dass Vereinsräumlichkeiten in der Grabenfeldstraße von der Stadt auf Beschluss der SPÖ-Mehrheit an die SPÖ-Regionalorganisation vermietet werden sollten. Als Miete inklusive Betriebskosten waren für 86 m² lediglich 155 Euro pro Monat vorgesehen. Die Proteste der ÖVP zeigten offenbar Wirkung, da die SPÖ von dem Vertrag zurücktrat.

Nun mietet diese Räumlichkeiten ein Sparverein zum selben Tarif.

Inwieweit ein Sparverein durch eine solch niedrige Miete förderungswürdig wäre, wurde seitens der SPÖ nicht dargelegt. Jedenfalls sind die personellen Vernetzungen des Sparvereines zur SPÖ-Stadtorganisation bemerkenswert. Obmann ist übrigens SPÖ-Stadtrat Peter Schlagbauer.

Auch im Keller des Raumes wurden Räume an den Verein „Freunde der Breitenauer Bahn“ zum Freundschaftspreis vermietet. Obmann dieses Vereines: SPÖ-Stadtrat

Peter Schlagbauer.

Es verwundert nicht, dass die Stadtfinanzen ein strukturelles Defizit aufweisen, so lange auf Kosten der Allgemeinheit Einzelinteressen im Umfeld der SPÖ besonders großzügig gefördert werden. Anscheinend fällt es der SPÖ leichter, den nachhaltigen Stadtforst zu verkaufen, anstatt vernünftig zu wirtschaften—es würde ja vor allem ihre Freunde treffen.



V O L V O

KONFIGURIEREN SIE IHRE ZUKUNFT.

**DER VOLVO XC40 RECHARGE PURE ELECTRIC
AB € 58.800,-* INKLUSIVE 3 JAHRE
VERSICHERUNG**, SERVICE UND GARANTIE***.**

Die Zukunft ist rein elektrisch, Sie beginnt jetzt und das gleich vollumfassend: der neue Volvo XC40 Recharge Pure Electric inklusive 3 Jahre Versicherung** sowie 3 Jahre Service und Garantie***. Erleben Sie pure Leistung mit mehr als 400 km Reichweite. Exklusiv bei Ihrem Volvo Partner.

**MEHR ERFAHREN UNTER
www.volvocars.at/fuerstaller**

Stromverbrauch: 23,8 – 25,0 kWh/100 km, CO₂-Emission: 0 g/km, Reichweite: 400 – 418 km, Reichweite und Verbrauch jeweils kombiniert, nach WLTP-Prüfverfahren. * Barzahlungspreis inkl. 3 Jahre oder 100.000 km Service- und Garantiepaket (je nachdem was zuerst eintritt) und 3 Jahre Versicherung ab Auslieferung. ** Versicherer ist die Allianz Elementar Versicherungs-AG, Hietzinger Kai 101-105, 1130 Wien FN 34004g; bei Anmeldung als PKW/Kombi ohne besondere Verwendung (der Versicherungsnehmer muss über 23 Jahre alt sein), Privat und Gewerbe, bestehend aus Haftpflichtversicherung mit Pauschalversicherungssumme € 10 Mio. und Vollkasko mit durchgehendem Selbstbehalt von € 500,- (bei Austausch einer Scheibe € 340,-) und bei Reparatur in einer Volvo Vertragswerkstätte (ansonsten € 1.000,- in jedem Schadenfall); inklusive GAP Deckung (bei Leasing). Es gelten die Annahmerichtlinien des Versicherers, keine Indexanpassung in den ersten 3 Jahren. Gesamtprämie brutto für Haft- und Vollkaskoversicherung € 102,77 p.m. bzw. € 1.233,24 p.a. Haftpflicht € 34,60 brutto p.m. bzw. € 415,20 brutto p.a. Vollkasko € 68,17 brutto p.m. bzw. € 818,04 brutto p.a. Die Zahlung hat mittels Abbuchungsauftrag (Sepa) zu erfolgen. Nähere Informationen zum Angebot finden Sie bei Ihrem Volvo Partner. ***Beinhaltet die Durchführung aller vom Hersteller vorgeschriebenen Servicearbeiten (inklusive erforderlicher Materialien lt. Serviceplan, Flüssigkeiten, Arbeitszeit und Verschleißteile wie z.B. Wischerblätter, Bremsklötze) im Volvo Werksgarantiezeitraum von max. 3 Jahren oder 100.000 km (je nachdem was zuerst eintritt) ab Auslieferung. Ihr Volvo Partner berät Sie gerne, alle Informationen rund um das Thema Garantiebedingungen finden Sie im Service- und Garantieheft. Irrtümer, Druckfehler und Änderungen vorbehalten. Symbolfoto. Stand: März 2021.

fürstaller
Autohaus Oberaich

Tulpenweg 2
8600 Oberaich

03862 52504
www.volvocars.at/fuerstaller

**Raiffeisen
Meine Bank** 

**DER BESTE
WEG ZU
IHREM AUTO**

... RAIFFEISEN KREDIT
ODER LEASING

**BIS ZU € 197,-
KFZ-ANMELDE-
GEBÜHREN
SPAREN.***

Mehr Infos bei Ihrem Raiffeisen-berater oder auf raiffeisen.at/steiermark

*Gilt bei Abschluss einer Autofinanzierung bzw. einem Raiffeisen Online Leasing-Abschluss in Höhe von mind. € 10.000,- bei einer teilnehmenden steirischen Raiffeisenbank im Aktionszeitraum 1.1. bis 30.6.2021

raiffeisen.at/steiermark

**Neue
Herausforderungen
gesucht?**

**Technisch versiert?
Kaufmännisch qualifiziert?
Im Gesundheitssektor engagiert?**

Dann haben wir vielleicht den passenden Job für Sie!

Prüfen Sie unsere aktuellen Jobangebote auf unserer Website und werden Sie Teil eines kompetenten, zuverlässigen Teams in einem sicheren Traditionsunternehmen.

**stadtwerke
bruck**

www.stadtwerke-bruck.at/jobs

„Waldgewinnspiel“: Die Steirische Volkspartei pflanzt 500 Bäumchen

62% der steirischen Landesfläche sind Wald. Das macht unsere Steiermark zum waldreichsten Bundesland Österreichs. Aus diesem Grund hat sich die Steirische Volkspartei den Tag des Waldes Ende März zum Anlass genommen, um ein ganz besonderes Gewinnspiel im Zeichen der Bäume zu veranstalten. Auf Social Media rief man dazu auf, die schönsten Waldfotos einzusenden – ob Schwammerl, Reh oder Blick ins Blätterdach, bei der Motivwahl waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer völlig frei.

Mehrere hundert Fotos sendeten die Steirerinnen und Steirer ein, schlussendlich konnten durch eine Jury drei glückliche Gewinner ermittelt werden, die sich jeweils über einen 100-Euro-Gutschein für eine steirische Baumschule freuen dürfen.

Doch damit nicht genug, denn für jede Einsendung wird nun in Zusammenarbeit mit dem Waldverband Steiermark ein Baum gepflanzt – insgesamt handelt es sich um 500 Pflänzchen, die künftig dazu beitragen werden, dass die Steiermark weiterhin

das waldreichste Bundesland bleibt. Dabei setzt man vor allem auf Mischbaumarten wie Ahorn, Tanne, Buche und Co. – gesetzt werden die Bäumchen da, wo sie ohnehin gebraucht werden.

Vor Kurzem nahmen Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Landesgeschäftsführer Detlev Eisel-Eiselsberg symbolisch einige kleine Weißtannen entgegen. An der Umsetzung dieses besonderen Gewinnspiels waren vor allem Geschäftsführer Bernd Poinsitt und Obmann Paul Lang vom Waldverband Steiermark beteiligt.



Bernd Poinsitt, Geschäftsführer Waldverband Steiermark, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Paul Lang, Obmann des Waldverbandes und Landesgeschäftsführer Detlev Eisel-Eiselsberg (v.l.n.r.)

Investitionen in Wirtschaft und Klimaschutz: Acht Millionen Euro Sonderförderung für thermische Sanierung

Wohnen ist nicht nur ein menschliches Grundbedürfnis, sondern auch einer der größten Treibhausgas-Verursacher. Doch das soll schon bald der Vergangenheit angehören. Denn durch die Sanierungsförderung des Landes Steiermark wird nicht nur attraktiver Wohnraum geschaffen, sondern auch der Energiebedarf von Wohnungen stark reduziert. Das spart Heizkosten und schützt das Klima.



Landesrat Hans Seitinger und Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl freuen sich über den Impuls für Klimaschutz und leistbares Wohnen.

© Marija Kanizaj

Alleine in den vergangenen fünf Jahren wurden so über 36.500 Wohneinheiten gefördert saniert. Die Landesregierung hat nun zusätzlich eine acht Millionen Euro schwere Sonderförderung für thermische Sanierungen beschlos-

sen: „Das ist ein echter Sanierungs-Turbo, denn diese Sonderförderung forciert die Sanierung von Gebäuden, die ohne diese Unterstützung nicht klimafit gemacht würden“, erklärt Wohnbau-landesrat Hans Seitinger. Möglich

gemacht wurde diese Maßnahme durch zusätzliche Gelder von der Europäischen Union. Die Sonderförderung soll auch als weiterer kräftiger Konjunkturimpuls für die heimische Bauwirtschaft wirken. „Dieses Miteinander von

Wirtschaft und Klimaschutz kennzeichnet den steirischen Weg aus der Krise zurück auf den wirtschaftlichen Erfolgskurs und in eine lebenswerte Zukunft“, ist sich Wirtschaftslandesrätin Barbara Eibinger-Miedl sicher.

„Wir alle können etwas gegen Mobbing tun!“

Mobbing ist kein Spaß, sondern Gewalt, die körperliche und psychische Verletzungen mit sich bringen kann. Wenn Betroffene damit allein gelassen werden, können die Folgen schwerwiegend sein: Schlafstörungen, Selbstwert- und Vertrauensverlust in andere, Depression und soziale Isolation sind nur einige Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche, die gemobbt werden. „Während der Pandemie hat sich dieses Geschehen in alarmierender Art und Weise in

den digitalen Raum verlagert. Jugendliche tragen diese Gewalt oft den ganzen Tag in der Hosentasche mit sich herum. Betroffene brauchen deshalb Unterstützung der Schule, Eltern und von ihrem sozialen Umfeld. Jede*r von uns kann etwas gegen Mobbing tun und Betroffenen zeigen, dass sie nicht alleine sind“, so Jugendlandesrätin Juliane Bogner-Strauß. Die Initiative #KeinPlatzFürHate packt genau da an – schafft Bewusstsein und zeigt auf, wie man Betroffene unterstützen kann:

EU-Jugendbotschafter Ali Mahlodji unterstützt die Initiative: „Mobbing gibt es in jedem Alter, aber es ist unabdingbar, dass schon in der Schule Aufklärungsarbeit über die Folgen geleistet wird - genau deshalb ist auch ‚#KeinPlatzFürHate‘ eine sehr wichtige Kampagne. Die

Jugendlandesrätin
Juliane
Bogner-
Strauß

© Marija Kanizaj



Schulzeit ist für die Entwicklung unserer Persönlichkeit ausschlaggebend, wenn hier nicht sensibilisiert wird, dann zieht sich Mobbing bis ins Arbeitsleben hinein.“

Um die Wichtigkeit dieses Themas noch deutlicher zu unterstreichen, hat Caspar Moebius, Schüler der 4. Klasse des Akademischen Gymnasiums Graz, einen eigenen, sehr empfehlenswerten Film gedreht, der gemeinsam mit allen weiteren Informationen auf www.kein-platz-fuer-hate.steiermark.at zu finden ist.

Die Mobilisierungskampagne setzt auf Mitmachaktionen über die Website www.kein-platz-fuer-hate.steiermark.at, wie auch auf einen eigenen Instagram-Account @keinPlatzfuerHate. Auch Infos für Eltern und Pädagogen zum Thema Mobbing finden sich auf der Website.



Ali Mahlodji unterstützt die Initiative.



Wirtschaftsbund für regionale Arbeitsplätze und Ausbildung

Die Mitgestaltung des regionalen Angebotes im Bereich Arbeit und Bildung steht für den neuen Wirtschaftsbund-Vorstand im Mittelpunkt. Michael Ulm wurde bei der Wahl am 11. Juni erstmals zum Obmann gewählt.



Vlnr.: Alexandra Haider, Michael Ulm, Vbgm. Susanne Kaltenecker, GR Peter Purgay

Michael Ulm ist seit 2012 selbständig im Bereich der Informationstechnologie tätig. Sein Unternehmen IT Services beschäftigt sich mit allen Fragen rund um das Internet. Der neue Obmann ist auch seit 2020 Ausschussmitglied in Wirtschafts-

kammer Bruck-Mürzzuschlag. In der FH Joanneum ist er seit 2009 als Mitarbeiter sowohl in Forschung als auch Lehre tätig.

Auf dieser Basis strebt Michael Ulm eine weitere Vernetzung von

Ausbildung und Wirtschaft an. Dadurch sollen in der Region auch neue Impulse für Arbeitsplätze und Bildung gesetzt werden. Bei seiner Arbeit steht ihm als Stellvertreter Peter Purgay zur Seite. Alexandra Haider wurde am 18. Juni in den neuen Vorstand kooptiert, womit der Wirtschaftsbund nun mit zwei Gemeinderäten im Brucker Gemeinderat vertreten ist.

Der Wirtschaftsbund ist als eine der drei großen Teilorganisationen der Österreichischen Volkspartei auch die mitgliederstärkste Organisation für die Vertretung der Wirtschaftstreibenden. Von diesem Netzwerk profitieren auch zahlreiche Unternehmer in der Stadt Bruck an der Mur.

Neue Gemeindebäuerin, Bezirksbäuerin bestätigt

Martina Schneller und ihr Stellvertreterin Doris Weitzer vertreten seit März die Brucker Bäuerinnen. Als Bezirksbäuerin wurde Elisabeth Hörmann bestätigt.

Die Bäuerinnenorganisation Steiermark ist die größte überparteiliche Interessensvertretung für Frauen in der Landwirtschaft. Nun wurden die Funktionen neu gewählt, wobei mit Martina Schneller eine äußerst engagierte Landwirtin ihr Amt antritt. Sie bewirtschaftet einen Hof auf dem Pischkberg. Bei Ihrer Arbeit kann Sie sich auf die Unterstützung durch die Bezirksbäuerin Elisabeth Hörmann sicher verlassen.



Vbgm. Kaltenecker gratulierte den Gewählten aufs Herzlichste. Sie sprach ihnen den Dank für viele Initiativen für Frauen in der Land-

wirtschaft aus. Besonders dankte sie auch der scheidenden Gemeindebäuerin Barbara Kirl.

Engagiert, eloquent und abgesetzt.

In der letzten Ausgabe konnte umfangreich über die Erfolge der Wirtschaftsreferentin Alexandra Haider berichtet werden. Nun hat sie die SPÖ-Mehrheit abgewählt. Zuständig für die Wirtschaft ist nun Bürgermeister Koch. Viele Brucker Unternehmer reagieren mit Unverständnis. Bis zuletzt hat sich Alexandra Haider für die Wirtschaft eingesetzt.

Ohne triftige Gründe hat die SPÖ den Pfad der Zusammenarbeit verlassen. Trotz heftiger Proteste der ÖVP und auch der anderen Oppositionsparteien wurde in der Gemeinderatssitzung vom 23. Juni Alexandra Haider abgewählt. „Damit demonstriert die SPÖ einmal mehr, dass sie jeden erfolgreichen Einsatz verhindert, sobald er nicht von der SPÖ kommt“, zeigt sich Alexandra Haider enttäuscht. Sie will sich aber weiterhin als Gemeinderätin für die Brucker Unternehmen einsetzen.



Am 13. April 2021 stellte das Start-Up Unternehmen Wardy in Graz seine App zur Stammkundenbindung vor. Alexandra Haider war dazu eingeladen und durfte den innovativen Gründern gratulieren.

Standort gesichert

Die Papierfabrik Norske Skog baut ihren Standort in Bruck aus und sichert ihn damit langfristig. Im Rahmen einer Betriebsbesichtigung konnte sich Alexandra Haider ein umfassendes Bild von den Investitionen machen. „Es ist äußerst wichtig, dass dieser Leitbetrieb als zweitgrößter Arbeitgeber der Stadt auch künftig den Wirtschaftsstandort Bruck stärkt“, freut sich Haider.

Aktionen für den Standort

Die Standort und Marketing GmbH hat im Frühjahr gemeinsam mit dem Tourismusverband und den Betrieben zahlreiche Akzente gesetzt. So gab es eine Osterpinzenaktion, zum Muttertag wurden Blumen verteilt, zur Dekoration der Geschäftsportale wurden Pflanzen zur Verfügung gestellt und die Väter durften sich am Vatertag über gefüllte Brandteigkräpfen freuen. Diese Aktionen und die große Beteiligung der Brucker Unternehmer sind für Alexandra Haider ein beeindruckendes Zeichen für die Lebendigkeit der Brucker Wirtschaft.

Förderungskürzung

Mittlerweile sind schon neun Unternehmen von der 50-prozentigen Kürzung der Wirtschaftsförderung betroffen. Auch wenn Alexandra Haider nicht mehr Wirtschaftsreferentin ist, wird sie sich mit der ÖVP im Gemeinderat weiter dafür einsetzen, diese wirtschaftsfeind-



liche Maßnahme rückgängig zu machen.

Weiterer Einsatz

Auch andere wichtige Anliegen werden weiter verfolgt werden: So sind dringend Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit auf der Schiffländ nötig. Zahlreiche Autofahrer ignorieren dort die 30-km/h-Beschränkung und gefährden so die Fußgänger. Gerade für die Kunden und das Personal der dort ansässigen Unternehmen ist eine rasche Lösung des Problems unerlässlich.

Nach pandemiebedingter Zwangspause startet am 1. Juli auch wieder das Wirtschaftsfrühstück.

